

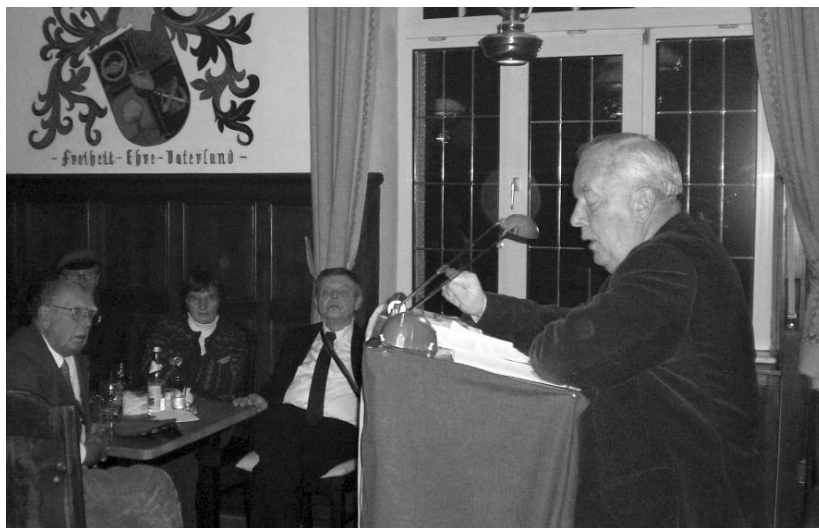
Der lange Weg zur Wiedervereinigung

Ein Bericht über einen Vortragsabend

Von Peter Batsch, (Burschenschaft Borussia Wolfenbüttel,
Burschenschaft Sudetia München), Vorsitzender der VAB Erlangen

Anlässlich des 20. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer veranstaltete die Erlanger Vereinigung alter Burschenschafter (VAB) auf dem Haus der Erlanger Burschenschaft Germania (SK) am 9. November 2009 einen Vortrags- und Diskussionsabend mit dem ehemaligen Bundesbauminister Dr. Dieter Haack, SPD, zu den Hintergründen der friedlichen Revolution in der DDR und anderen Ostblockstaaten. Als letzter Vorsitzender des „Kuratorium unteilbares Deutschland“ und bekannter Parlamentarier sowie bedeutendes Mitglied der Evangelischen Kirche konnte er über die vielfältigen, auch geheimen, Bemühungen der Bundesregierung und westdeutscher Organisationen um menschliche Erleichterungen in den Warschauer-Pakt-Staaten und die Kontakte zu Bürgerrechtsgruppen in Osteuropa berichten.

Der 1961 promovierte Burschenschafter (Bubenreuther Erlangen) spannte vor den Aktiven und Alten Herren einen Bogen von der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 bis zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten 1990. Er betonte besonders das Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes, das die gesamte westdeutsche Politik unter Prämisse einer aktiven Förderung der Wiedervereinigung stellte. In den ersten Jahren der Bundesrepublik stand die Westintegration zur Sicherung der eigenen Existenz durch die Erlangung einer geachteten Position bei den Westalliierten nach den Naziverbrechen sowie der Beginn der europäischen Zusammenarbeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft



Dr. Dieter Haack während seines Vortrags am 9. November 2009. Foto: Peter Batsch

(EWG) im Vordergrund. Die SPD lehnte die Wiederbewaffnung und den Nato-Beitritt anfangs vehement ab.

Nach der Neuorientierung der Sozialdemokratie auf dem „Godesberg-Parteitag“ 1959 läutete Herbert Wehner mit seiner Grundsatzrede vor dem Bundestag am 30. Juni 1960 auch den außenpolitischen Kurswechsel der SPD, hin zur Westbindung, ein. Damit fanden alle Bundestagsparteien ein positives Verhältnis zur Außenpolitik der Adenauerregierung, die durch die deutsch-französische Verständigung, festes transatlantisches Bündnis mit den USA und Aussöhnung mit Israel geprägt war. Ihr Ziel war, aus der Position der westlichen Stärke ein wiedervereinigtes Deutschland, eng eingebunden in die EWG, zu erreichen.

Der Mauerbau am 13. August 1961 zeigte das Scheitern der Politik des „Kalten Krieges“. Seit 1963 bemühte sich die Regierung Erhard unter den gesamtdeutschen Ministern Mende und Barzel um Kontakte zu den

Herrschenden in der DDR, um die menschlichen Verbindungen über den „Eisernen Vorhang“, zum Beispiel durch die Passierscheinabkommen für Westberliner, zu erhalten. Egon Bahr konzeptionierte in der SPD die Politik des „Wandels durch Annäherung“. Ab 1966 begann die große Koalition, ihre Kontakte mit den Ostblockstaaten zu intensivieren und lockerte den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik.

Die 1969 gebildete sozialliberale Regierung setzte mit der Entspannungspolitik ein neues Verhältnis zu den östlichen Staaten durch. Vorrangiges Ziel war es, die Grenzen für Menschen und Ideen durchlässig zu machen und damit langfristig die Wiedervereinigung zu ermöglichen. Die Voraussetzung für die menschlichen Erleichterungen war die Anerkennung der bestehenden Regime und Grenzen. Für die Regierung blieb die Zielrichtung zu einem einigen Deutschland gültig, zu der sie auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum

Grundlagenvertrag verpflichtet wurde.

Allerdings entstanden auch falsche Bilder vom anderen Teil Deutschlands. So berichtete ein bekannter Fernsehjournalist: „Die SED lenkt den Staat zwar ganz anders als dies in der Bundesrepublik [...] geschieht. Die Zeit arbeitet [...] für die DDR. All dies rechtfertigt die Schlussfolgerung, dass der ostdeutsche Staat inzwischen zwar auf anderen, aber ebenso wenig auf tönernen Füßen steht.“ Nur einige wenige Politiker und Journalisten zeigten konsequent den Unrechtscharakter der DDR und das ökonomische Versagen des Kommunismus auf. Aber ihre Stimme wurde immer stärker von Annäherungspolitikern übertönt.

Seit den sechziger Jahren lief, unterstützt von den Kirchen, der Häftlingsfreikauf aus der DDR, bei dem die SED immer auch ein paar Kriminelle mitlieferte. Sicher war das Abschieben der Regimekritiker für die DDR-Offiziellen auch eine bequeme Entsorgung der Opposition.

Diese Entspannungspolitik wurde von der Kohl-Regierung fortgesetzt. Eine sehr wichtige Größe zur Erhaltung und Neubildung der Kenntnisse über Mitteldeutschland war die Förderung von Reisen in die DDR durch Vereine, Jugendgruppen, Schulen und Touristen in den achtziger Jahren, die zig Menschen ohne familiäre Bindungen Besuche im anderen Teil Deutschlands ermöglichte und teilweise offene Diskussionen trotz aller Behinderungen durch die SED-Mächtigen gestattete. In den 20 Jahren vor 1989 wurde vieles an deutsch-deutscher Zusammenarbeit begonnen, was nach dem Mauerfall weiterwirkte.

Allerdings begannen in den 1980ern viele Medienmacher, Intellektuelle, Wissenschaftler – auch über die „Linken“ hinaus – gewisse Sympathien für die kommunistischen Regime zu entwickeln. Auch in liberalen, bürgerlichen Medien setzten sich Illusionen durch: „Es herrscht Bewegung, statt Resignati-

on, die Zaghaftigkeit hat einer selbstbewussten Gelassenheit Platz gemacht, das Grau weicht überall freundlicheren Farben, die niederdrückende Trübsal ist verflogen.“ Und weiter über Honecker: „Die Bürger des anderen deutschen Staates bringen ihm fast so etwas wie stille Verehrung entgegen.“ So Theo Sommer nach einer DDR-Reise 1986 in der „ZEIT“. Den Höhepunkt der Fehleinschätzung bildete die spätere Charakterisierung des SED-Generalsekretärs als deutschen Patrioten.

Nach dem Ende der SPD/FDP-Koalition wurde die Entspannungspolitik von Bahr und anderen auch als eine Annäherung an die Positionen der SED uminterpretiert. Dieser Weg zu einer ideologischen Koexistenz wurde nur von wenigen bundesdeutschen Medienmachern und Politikern – in der Tradition der gesamtdeutschen Ziele von Herbert Wehner – deutlich abgelehnt. Die Politik der Gleichwertigkeit des diktatorischen Sozialismus erfuhr 1987 durch das gemeinsame Papier von SPD

Dr. Dieter Haack wurde am 9. Juni 1934 in Karlsruhe geboren. Nach dem Abitur 1953 studierte er Jura in Erlangen und Bonn. In Erlangen wurde er Mitglied der Burschenschaft der Bubenreuther. Bereits 1961 erfolgte seine Promotion zum „Dr. jur.“

Er trat dann als Regierungsassessor in den bayerischen Staatsdienst beim Landratsamt Ebersberg ein und wechselte 1963 in das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Hier war er bis 1969, zuletzt als Regierungsdirektor und Leiter des Ministerbüros von Herbert Wehner, tätig.

Seit 1961 ist Haack Mitglied der SPD. Von 1975 bis 1985 war er Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in Bayern. Von 1964 bis 1969 war er Kreistagsabgeordneter im Sieg-Kreis und dort Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Von 1969 bis 1990 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier war er 1972 und von 1982 bis 1990 Mitglied im Vorstand der SPD-Bun-



destagsfraktion. Haack wurde zuletzt (11. Wahlperiode 1987) über die Landesliste Bayern in den Deutschen Bundestag gewählt.

Von 1972 bis 1978 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Anlässlich einer Kabinettsumbildung wurde Haack am 16. Februar 1978 als Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in die von Bundeskanzler Helmut Schmidt geführte Bundesregierung berufen.

Nach der Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler schied er am 1. Oktober 1982 aus der Bundesregierung aus.

Von 1990 bis 1999 gehörte er dem Bayerischen Senat an. Außerdem wurde er 1990 zum Präsidenten der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern gewählt. Von 1994 bis 2003 war er Vorsitzender des Bundesverbands für Wohneigentum, Wohnungsbau und Stadtentwicklung. Von 1988 bis 1992 war er Vorsitzender des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“; seit 1994 Vorstandsvorsitzender des Volksheimstättenwerkes.

Seit dem Jahr 2004 ist Dieter Haack Ehrenbürger der Stadt Erlangen. Er ist Träger des „Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern“ und des „Bayerischen Verdienstordens“. Jahrelang leitete Haack das von der Burschenschaft der Bubenreuther organisierte „Bubenreuther Colloquium“. Er ist verheiratet und hat vier Kinder.

und SED einen gewissen Höhepunkt. Dies geschah trotz der beginnenden Distanz der Sowjetunion zur DDR-Politik. Damit drückte sich die Akzeptanz der Fundamente der Ostblockdiktaturen – und die teilweise Übernahme derer Sichtweise – aus. Das Bewusstsein, dass die DDR ein Unrechtsstaat ist, ging in den achtziger Jahren immer mehr verloren. Damit waren die Aufgabe des Wunsches nach der Einheit des Vaterlandes und die Brandmarkung der Wiedervereinigungsbefürworter als gefährliche reaktionäre „Spinner und Revanchisten“ verbunden, trotz der schon seit 1980 für die Beseitigung des Kommunismus in Polen demonstrierenden „Solidarnosc“ und als Ungarn eine nur noch nach außen kommunistische Regierung hatte.

Durch den Staatsbesuch 1987 in Bonn wurde Erich Honecker unnötig aufgewertet. Diese falsche Einstellung gegenüber der DDR lag auch an einem völligen Versagen der Nachrichtendienste, die nicht in der Lage waren, die wirklichen Stimmungen im Ostblock zu erfassen. Der Empfang des SED-Chefs zeigte die gewisse Verehrung, die sein Regime in vielen bundesdeutschen Kreisen hatte.

Seit Ende der siebziger Jahre einwickelte sich in der DDR – wie auch in anderen Warschauer-Pakt-Satellitenstaaten – eine oppositionelle Bürgerrechtsbewegung, deren vielfältigen Gruppen die evangelische Kirche in der DDR Entfaltungsmöglichkeiten gab. Viele Vertreter der Amtskirche hatten sich mit dem SED-Regime weitgehend abgefunden und versuchten, durch enge Beziehungen zu dem Staat kleine Freiheiten und Arbeitsmöglichkeiten in den Nischen der DDR-Gesellschaft wie der Diakonie zu erhalten.

In der westdeutschen Kirche wurde die Friedens- und Ökologiebewegung immer stärker und mit den Dritte-Welt-Gruppen dominierte sie den Protestantismus. Bei vielen Theologen setzte

sich die Auffassung durch, dass die deutsche Teilung eine durch Gott auferlegte Sühne für die Verbrechen des Naziregimes sei. In diesem Sinn hieß es in der Schrift „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der UdSSR“ von kirchlichen Gruppen aus dem Jahre 1987, dass der Antikommunismus ein Feindbild sei, das Hass und Misstrauen schürt und Ausdruck des Unglaubens ist. Und zur deutschen Frage war zu lesen, dass Europavorstellungen, die von einem Europa freier Völker und der Wiedervereinigung ausgingen, kritisch zu überprüfen seien.

Die veränderte Geisteshaltung führte dazu, dass bei den Feiern zum 40-jährigen Bestehen der Bundesrepublik die Wiedervereinigung nicht mehr vorkam, denn man hatte sich im Westen häuslich eingerichtet. Der Leitartikel der „ZEIT“ formulierte dies so: *„Wer heute das Gerippe der deutschen Einheit aus dem Schrank holt, kann alle anderen nur in Angst und Schrecken versetzen. Wir sollten die Aufeinanderzu-Entwicklung der beiden Hälften Europas nicht mit einem nationalstaatlichen Ehrgeiz belasten.“* Als besonders perverser moralisierender Richter trat Günter Grass auf, der behauptete, die Deutschen hätten durch Auschwitz das Recht auf ihre Einheit verwirkt. Er wendete sich nicht nur 1989 gegen die deutsche Einheit, sondern auch 1990 und danach gegen das angeblich *„zentralistische Großdeutschland“*, wie sein gerade erschienenes Tagebuch belegt.

Durch den immer stärker werdenden Zerfall der DDR-Wirtschaft und die immer einfacher als hohle Phrasen erkennbare SED-Ideologie wurden die kleinen Oppositionsgruppen stärker und wirkten mit offenen Kirchentagen, Gottesdiensten, Umweltaktionen immer mehr außerhalb des kleinen kirchlichen Raumes. Die Wut der DDR-Bürger stieg und führte zu einer enormen Ausreisebewegung über Ungarn und dann die Prager Botschaft. Die Schließung

der letzten freien Reisemöglichkeit in die CSSR brachte das „Fass DDR“ zum überlaufen.

Die Demonstrationen zum 40. Gründungsjubiläum der DDR am 7. Oktober 1989 – in vielen kleinen Städten wie Plauen mit circa 25000 Teilnehmern – zeigten, dass das Volk die Angst verloren hatte. Mit der Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig war das Eis endgültig gebrochen. In kleinen intellektuellen Kreisen wurde über einen dritten Weg für die DDR zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus diskutiert. Bei der Montagsdemonstration am 6. November war es, dass der Ruf *„Wir sind das Volk“* überging in *„Wir sind ein Volk“*. Zudem führten die Teilnehmer massenhaft schwarz-rot-goldene Fahnen mit, die vom DDR-Staatsymbol befreit waren. Beide Geschehnisse machten deutlich, dass das Volk schnell eine Gesellschaftsordnung wie in der Bundesrepublik wünschte. Dies versuchten zahlreiche westliche Politiker, wie Mitterrand mit seinem Besuch im Dezember 1989 bei Egon Krenz, zu verhindern. Der Mauerfall und der Besuch von Bundeskanzler Kohl in Dresden, wo vor der Ruine der Frauenkirche fast eine halbe Million Landsleute die Einheit forderten, ließ bis Weihnachten bei den Verbündeten das Verständnis für die Wiedervereinigung steigen.

Der Referent äußerte sinngemäß: Die Wiedervereinigung haben wir in allererster Linie den Landsleuten in der DDR zu verdanken. Ihr Mut und ihre beharrliche Ausdauer sowie die konsequente Friedfertigkeit ermöglichten eine sanfte Revolution, bei der die kommunistischen Diktaturen durch demokratische Rechtsstaaten ersetzt wurden. Der Prozess wurde auch nicht von den Westmächten mitinitiiert, aber die guten Beziehungen zu den Alliierten haben ihn für den Kanzler Kohl erleichtert, der in den entscheidenden Phasen das Richtige tat. Da der Anstoß zum Fall des SED-Regimes von den

Menschen kam, gab es dafür auch keinen Plan im Westen. Hätte die Regierung Kohl für einen derartigen Fall ein Szenarium durchgeplant, wäre dies in der Öffentlichkeit als unrealistisch angesehen worden und auf Unverständnis gestoßen.

1990 wählte die Deutschen in der DDR zum ersten Mal in freien Wahlen eine demokratische Volkskammer. Diese Abgeordneten verabschiedeten in weniger als sechs Monaten alle für die Wiedervereinigung in Form des Beitritts der DDR zu der Bundesrepublik notwendigen Gesetze und Verträge. Der DDR ist vom Westen nichts übergestülpt wurden. Die DDR war ideologisch am Ende und ist an ihrem Planwirtschaftssystem und der Unterdrückung der Freiheit erstickt.

Die überwältigende Mehrheit wollte diesen Beitritt und hat ihn


mit einer überzeugenden Mehrheit bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen bestätigt. So steht der 3. Oktober 1990 in direkter Einheit – im doppelten Wortsinn – mit dem 9. November 1989.

In den Verhandlungen mit den vier Siegermächten waren für die Erlangung der vollen Souveränität auch schmerzliche Schritte wie der endgültige Verzicht auf die deutschen Ostgebiete nötig. Die UdSSR ließ sich ihre Zustimmung zur Nato-Mitgliedschaft und den Truppenabzug von uns vergolden. Aber diese Milliarden waren im Verhältnis zur Bankenkrise 2008 nur kleine „Peanuts“.

Das Resümee von Dr. Haack: *„Durchgesetzt haben sich nicht die Pessimisten und die, die an Gewalt und Unrecht glaubten, sondern das Volk, das für Gerechtigkeit und Freiheit kämpfte. Die Burschenschaft kann stolz sein, dass sie nie in ihrem*

Kampf für ein einiges freies Vaterland müde wurde.“

Laut Haack beschrieb Carlo Schmid (SPD) in seinen „Erinnerungen“ 1979 die Voraussetzungen richtig: *„Wir Deutschen werden nicht aufhören, den heutigen politischen Zustand Deutschlands für einen Verstoß gegen das Grundrecht der Völker zu betrachten. Wir werden versuchen müssen, durch unser Verhalten unseren Nachbarn zu beweisen, dass die Einheit Deutschlands keine Gefahr für sie darstellen würde, sondern ihnen zum Vorteil gereichen könnte.“*

Dr. Haack abschließend: *„Seit der Wiedervereinigung ist Deutschland ein normales geachtetes Mitglied in der Völkergemeinschaft und kann sich in Gemeinschaft mit den anderen europäischen Völkern der Zukunftsgestaltung widmen.“* 

Peter Batsch wurde am 14. Juli 1953 in Bad Gandersheim geboren. Nach Grund- und Realschule in Seesen sowie Gymnasium in Braunschweig leistete er von 1972 bis 1974 seinen Wehrdienst (letzter Dienstgrad: Leutnant).

Daraufhin studierte er bis 1977 Elektrotechnik an der Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel mit Abschluss als Diplom-Ingenieur in der Fachrichtung Elektrotechnik. Es folgte das Studium der Physik von 1977 bis 1978 an der Technischen Universität Braunschweig und neben der Berufstätigkeit von 1978 bis 1980 an der Universität Erlangen zum Diplom-Ingenieur der Fachrichtung elektrische Physik.

Im Sommersemester 1974 wurde Peter Batsch in die Burschenschaft Borussia zu Wolfenbüttel aufgenommen. Er war im Wintersemester 1976 und Sommersemester 1977 Stützbursche bei der ebenfalls dort beheimateten Burschenschaft Concordia Mittweida. In beiden bekleidete er die Charge als Fechtwart und war Sprecher der ÖB.



Im Wintersemester 2001 gründete er in seinem Bund die Arbeitsgruppe „Ideenhaus – Faszination Borussia“, die sich mit den künftigen Aufgaben, der Gestaltung und der langfristigen Planung der Burschenschaft befasst und eine Vision, eine Strategie und ein Maßnahmenkonzept erarbeitete, ähnlich der Gruppe Elitagon der NeuenDB.

Im Sommersemester 2004 erhielt er als Alter Herr das Band der Münchener Burschenschaft Sudetia. Seit 2006 ist er Vorsitzender der VAB Erlangen und ist ferner Mit-

glied in der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung (GfbG), der Deutschen Gesellschaft für Hochschulkunde (DGfH) – der studentengeschichtlichen Vereinigung der Corps und des CC – und der Arbeitsgemeinschaft der Studentenhistoriker im CDA.

Beruflich war Batsch von 1978 bis 1986 in der Entwicklung von Ferroelektrika bei SEL AG in Nürnberg und anschließend bis 1991 als Produktmarketingleiter bei Telefunken TEMIC (jetzt Conti Nürnberg) tätig, seit 1992 ist er bei Domel AG (vormals AMETEK Inc., KIMO GmbH) für neue elektrische Produkte verantwortlich, derzeit als Gruppenleiter Applikationsentwicklung elektrischer Antriebe für Kfz-Anwendungen.

Neben Praktika bei der Deutschen Bundespost, Diplomarbeit bei Siemens Eisenbahntechnik, verbrachte er beruflich längere Zeit bei Ametek in USA und ist in den Fachverbänden engagiert.

Peter Batsch ist verheiratet und hat eine Tochter (geb. 1986).